



FAHRGAST LINZ/OÖ.
 Die Österreichische FAHRGAST-Vertretung
www.fahrgast.at / www.fahrgast-ooe.at

Sachbearbeiter: Peter Baalman
 Hauptstraße 78
 A-4890 Frankenmarkt

Tel. & Fax 07684 / 6224
 Büro 07672 / 731-5171
 Mobil 0699 / 10 36 36 95
 E-Mail: schienenpeter@aon.at

Presseaussendung: Finanzkrise - nicht die Autolobby, sondern den Öffentlichen Verkehr fördern !

- Einseitiger Eingriff der Politik in die Wirtschaft zugunsten der Autolobby
- Zahl der vom Auto abhängigen Arbeitsplätze wird bewusst hochgeschraubt
- Zahl der bei Bahnen wegrationalisierten Arbeitsplätze wird verheimlicht
- Gleich viel Geld sichert beim Bahnbau mehr Arbeitsplätze
- Klimaschutz nur durch mehr Bahn machbar

Zahlreiche Staaten rund um die Welt zeigen sich trotz angespannter Budgets für die Autoindustrie äußerst spendabel:

Von staatlichen Bürgschaften über Direktsubventionen, Steuerbegünstigungen für Neuwagen bis zu großzügigen Straßenbauprogrammen wird unter dem Deckmantel der Sicherung von Arbeitsplätzen die Auto- und Straßenlobby massiv gefördert. Andere Branchen hingegen, die ebenso Umsatzrückgänge aufzuweisen haben, haben das Unternehmerrisiko ohne derartige Hilfen bis zum Konkurs auszubaden. Die Staaten greifen hier also besonders **einseitig** (trotz „freier“ Marktwirtschaft) in die Wirtschaft ein.

Die höchste Steigerungsstufe bis zu Un- und Halbwahrheiten wird im Verkehrsbereich mit dem **Arbeitsplatzargument** erreicht:

Es wird die Zahl der angeblich vom Auto abhängigen Arbeitsplätze bewußt hochgeschraubt, z.B. durch Einrechnung ALLER Berufskraftfahrerposten, also auch der im Öffentlichen Verkehr (Bus, Taxi), ALLER Polizistenposten (obwohl die Verkehrspolizei nur ein Teilbereich dieser Organisation ist), ALLER Arbeitsplätze in Firmen, die sowohl PKW's als auch Busse und zum Teil Schienenfahrzeuge herstellen (z.B. Fiat, Daimler, Volvo), ALLER Arbeitsplätze in der Erdölindustrie, obwohl auch Busse und Schiffe, teilw. auch Züge, mit Dieselöl angetrieben werden. Ähnliches gilt für die Baubranche: Dort wird bewußt „übersehen“, daß es z.B. einer Brückenbaufirma egal ist, ob sie Brücken baut, über die dann später Autos oder Züge rollen, und daß der Bau einer Eisenbahnbrücke genauso Arbeitsplätze sichert.

Sicher ist jedenfalls, daß bei gleicher Investitionssumme im Eisenbahnbau ca. 30 – 50 % mehr Arbeitsplätze gesichert werden als im Straßenbau !

Während jeder in der Autobranche wegfallende Arbeitsplatz lautstark beklagt wird, verschweigt man, wie viele Arbeitsplätze im **Öffentlichen Verkehr** brutal unter dem Deckmantel der Defizitverringerung **wegrationalisiert** wurden: So beschäftigte 1989 die (Reichs)Bahn in der ehem. **DDR** noch ca. 240.000 Arbeitnehmer, während heute in der Deutschen Bahn AG im wiedervereinigten Deutschland genauso viele arbeiten. D.h. mit dem Personal, das man früher alleine in der DDR brauchte, kommt man heute im ganzen Staat aus.

Oder in **Polen**: Dort waren vor 1989 fast 1 Mio. Eisenbahner beschäftigt, während es heute nur mehr ca. 125.000 sind.

Daß der offensive Ausbau des Öffentlichen Verkehrs sehr wohl neue **Arbeitsplätze schafft**, zeigt die Salzburger **Pinzgaubahn**: dort wurden zuletzt unter der an dieser Strecke uninteressierten ÖBB-Regie 25 Leute beschäftigt, während das Land Salzburg und die rührige Salzburg AG auf 45 Personen aufstocken wird. Der Wieder-Einsatz von Schaffnern, die unter den ÖBB wegrationalisiert wurden, rechnete sich binnen kurzem durch eine Verdoppelung der Fahrgelderlöse.

Die Umstellung auf erneuerbare Energie ist aus der Sicht des Klimaschutzes absolute Notwendigkeit. Diese Umstellung ist in der erforderlichen kurzen Zeit nur möglich, wenn es durch wesentlich mehr Energie- u. Verkehrseffizienz zu einer Senkung des Gesamtenergieverbrauches kommt. Den Absatz der technisch überholten fossilen PKW-Technologie mit viel PS durch die Politik zu fördern, ist in Zeiten des drohenden Klimawandels der falsche Weg. Nur der Öffentliche Verkehr, speziell der elektrifizierte **Schieneverkehr**, können auf Dauer eine merkliche **Verringerung** der **klimaschädlichen Verkehrsemissionen** bewirken.

P. Baalman e.h.